

Demokratie und Partizipation – Gemeinwesenarbeit im aktuellen Konfliktfeld zwischen Rechtspopulismus und Integration

Martina Ritter

Einleitung: Demokratie in Gefahr

In den letzten Jahren hat sich in der Bundesrepublik mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei politisch und gesellschaftlich etabliert, die in ihren politischen Äußerungen rassistische, antisemitische, ausländerfeindliche, frauenfeindliche und homophobe Inhalte präsentiert. Dabei konnte die Partei erfolgreich öffentliche Debatten initiieren, manipulieren und Themen besetzen. Die Bundestagswahl wie auch die letzten Landtagswahlen des Jahres 2018 in Hessen und Bayern haben gezeigt, dass es ihr gelungen ist, Wählerinnen und Wähler von den bisherigen großen sogenannten Volksparteien abzuziehen und, vor allem, bisherige Nichtwähler/innen zu mobilisieren. Aktuelle Umfragen zeigen zudem, dass es bisher nicht gelungen ist, dieser Bewegung Einhalt zu gebieten und die Wählerinnen und Wähler von anderen, demokratischen Perspektiven zu überzeugen.

Neben dieser politischen Etablierung rechtsextremer und rassistischer Inhalte zeigt sich zudem das Aufgeben kultureller Standards über zulässige Deutungsmuster, die festlegen, was gesagt werden darf. Diese Deutungsmuster verboten es bisher, öffentlich zum Töten aufzurufen, das Ertrinken von Geflüchteten als Sieg zu feiern oder mit Galgen und daran aufgehängten und erkennbaren Personen auf Demonstrationen zu erscheinen – um nur einige Entgleisungen zu nennen. Nicht zuletzt haben wir eine massive Brutalisierung (1) im Handeln erlebt, als Ausländer/innen wahrgenommene Menschen werden von einem Mob gejagt, geschlagen oder gedemütigt. Neben den immer schon besorgniserregenden Gewalttaten – wie das Verprügeln von Menschen oder das Anstecken von Häusern, in denen türkischstämmige Menschen wohnten und dem damit einhergehenden Tod von Bewohner/innen in den letzten 12-15 Jahren – zeigt sich nun die deutlich wachsende Mobilisierung verschiedener Bevölkerungsschichten hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit, anti-demokratischer und autoritärer Haltungen sowie neuem Nationalismus.

Gemeinwesenarbeit hat auf mehreren Ebenen mit dieser Entwicklung professionell zu tun: zum einen ist die Gemeinwesenarbeit bei der Integration, Inklusion und Unterstützung von Migrant/innen und geflüchteten Menschen in vielfältigster Weise tätig. In diesem Zusammenhang geht es um die Integration in Bildungssysteme, in den Arbeitsmarkt, in demokratische Entscheidungsprozesse und in sozio-kulturelle Deutungsmuster sowie um Empowerment und Emanzipation. Aber Gemeinwesenarbeit hat auch mit denjenigen zu tun, die nationalistische und rassistische, demokratiefeindliche und rechtspopulistische Einstellungen äußern und wesentlich gegen diese zuvor genannten Menschen sind und deren Verschwinden wünschen. Gemeinwesenarbeit steht also selbst mitten im Konfliktfeld und muss sich dazu verhalten, ja sie muss dieses Konfliktfeld mitgestalten.

Um sich Klarheit über dieses Konfliktfeld zu verschaffen, soll es an dieser Stelle zunächst um die Wählerschichten der gemeinten rechtspopulistischen Partei, erste Interpretationen über deren Motive und Interessen und Folgen für die Demokratie gehen. Anschließend werde ich mich theoretisch auf die Frage konzentrieren, wie in spätmodernen Gesellschaften Integration überhaupt noch möglich sein kann. Hier werde ich dann auch ganz knapp auf die Möglichkeiten und Chancen der Gemeinwesenarbeit in diesem Konfliktfeld verweisen.

Diagnosen: Wählerpotenzial, Ursachen, Gründe und Analysen

Zunächst ist es interessant, sich die Zahlen der letzten Bundestagswahl 2017 anzuschauen und Analysen zu den Milieus, aus denen diese zum Teil neuen Wählerschichten kommen. So geht die Bertelsmann Stiftung davon aus, dass es der AfD gelungen ist, Wählerstimmen in mehreren Bevölkerungsschichten mit unterschiedlicher ökonomischer Ausgangslage zu gewinnen. Der Autor und die Autorin der Studie beziehen sich grundlegend auf die Sinus-Milieustudien, in der generell zwischen drei Schichten unterschieden wird, nämlich erstens die untere Mittelschicht und Unterschicht, die mittlere Mittelschicht (zweitens) und die obere Mittelschicht und Oberschicht (drittens). In diese drei Schichten werden Milieus eingeordnet, die die Differenziertheit der Lebenslagen in modernen Gesellschaften beschreiben sollen (2).

Für die Analyse des Wählerpotenzials der AfD heißt dies Folgendes: die Wählerstimmen setzen sich zusammen aus ca. 9% Zuspruch aus dem prekären Milieu, das tatsächlich der Unterschicht zugeordnet werden kann und aus etwa 13 % aus dem hedonistischen Milieu, das dem prekären Milieu nahesteht und ebenfalls in prekärer Lebenslage existiert. Jedoch haben 14% aus dem Milieu der traditionellen Mitte (zugehörig zur unteren Mittelschicht bzw. zur mittleren Mittelschicht) und 13 % aus dem Milieu der bürgerlichen Mitte ebenfalls AfD gewählt. Zudem konnte die AfD beim Milieu der Konservativ-Etablierten, das in Teilen sowohl der mittleren Mittelschicht als auch der oberen Mittelschicht und Oberschicht zugeordnet wird, 11% der Wählerstimmen erreichen. Damit ist die AfD in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft angekommen und konnte ihren Stimmenanteil zu weiten Teilen auch aus der Mittelschicht etablierter Milieus gewinnen.

Damit ist klar, dass Erklärungen, die sich auf rein ökonomische Deprivation beziehen, nicht ausreichen, um diesen Siegeszug zu erklären. Sicher ist insbesondere bei Wählerinnen und Wählern aus prekären Lebenslagen die ökonomische Drucksituation, der andauernde Ausschluss von Gütern der Gesellschaft ein wichtiger Grund für Befürchtungen, Neid und Abwehr gegenüber Flüchtlingen, Migrant/innen und etablierter Politik. Doch neben diesen ökonomischen Gründen gibt es auch noch andere Gründe, die zu einer solchen Abwehr führen. In den knappen Erklärungen zum Wahlverhalten führen die Autor/innen die Idee einer Konfliktlinie ein, die quer durch die bundesdeutsche Bevölkerung gehe. Sie beschreiben dies als »Riss durch die Mitte der Gesellschaft«. Als Diagonale trennt sie die Gesellschaft entlang der zwei definierenden Dimensionen der sozialen Milieus: zum einen entlang der sozio-ökonomischen Dimension in eine Ober-, Mittel- und Unterschicht, zum anderen in der Wertedimension entlang der Grundorientierungen der Tradition, Modernisierung/ Individualisierung und Neuorientierung. Auf der linken Seite der Diagonale befinden sich die Milieus der Modernisierungsskeptiker, auf der

rechten Seite der Diagonale die Milieus der Modernisierungsbefürworter. Auf beiden Seiten der Diagonale befindet sich etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten in Deutschland (3).

Die hier als Modernisierungsskeptiker bezeichneten Milieus in prekärer Situation erleben sich als benachteiligt, ausgeschlossen von der Teilhabe an den Gütern und den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft. Die Milieus in der bürgerlichen Mitte bis hin zu Milieus der oberen Mittelschicht und Oberschicht fühlen sich subjektiv bedroht, befürchten ökonomische Unsicherheit, Werteverlust und Instabilität, sind verunsichert und sehen sich ebenso als die Verlierer von Modernisierung und Globalisierung.

Zudem setzt diese Einschätzung auf eine grundlegende in der westdeutschen wie ostdeutschen Gesellschaft vorfindliche rassistische, antisemitische und ausländerfeindliche Vorurteilsstruktur mit Grundzügen des Autoritären auf, die beispielsweise von Decker und Mitautor/innen seit 2006 untersucht wird (4). Diese latente Vorurteilsstruktur konnte zusammen mit den Befürchtungen oder Erfahrungen, Verlierer der Modernisierung und der gesellschaftlichen Veränderung der letzten Jahrzehnte zu sein, aktiviert und für die anti-demokratische Perspektive der Partei mobilisiert werden. Nicht nur die Menschen in prekärer Lebenslage, die tatsächlich ökonomisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden – dies sind ost- und westdeutsche Bürgerinnen und Bürger mit zum Teil migrantischen Hintergrund – gehören zu diesen Verlierern. Sie haben mit den oben genannten Menschen aus der bürgerlichen Mitte gemein, dass sie sich wie diese auch sozio-kulturell abgehängt und bedroht fühlen.

Die Hegung von Konflikten und das Potenzial der Gemeinwesenarbeit

Sich selbst nennen diese Wähler/innen und Sympathisanten ›besorgte Bürger‹, die nicht als rechtsextrem verstanden werden wollen. Daher werde ich hier immer wieder auf diesen Begriff Bezug nehmen. Auf Demonstrationen, in kurzen Befragungen, auf Plakaten und Transparenten geben diese ›besorgten Bürger‹ Hinweise auf ihre Interpretation der Realität. Interessant ist dabei, dass sie sowohl Verteilungskonflikte als auch Identitätskonflikte ansprechen. So befürchten sie finanziell unterzugehen, weil zu viel Geld für Flüchtlinge ausgegeben würde und die Verteilung der Mittel nicht gerecht sei. Dies ist – neben dem Deutungsmuster Fremd-Ausländer-Flüchtling als zugrundeliegende Vorurteilsstruktur – sicher zum Teil ihrer eigenen durchaus schwierigen ökonomischen Situation geschuldet.

Daneben weisen sie auf das hin, was in der politischen Soziologie unter dem Stichwort »Identitätskonflikte« diskutiert wird. Es handelt sich um gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die eigentlich geführt wurden von sozialen Bewegungen, in denen die Anerkennung als »die Person, die ich bin« – eben schwul, lesbisch, bisexuell oder transsexuell – gefordert wurde, wie auch in der Frauenbewegung, in der es neben der ökonomischen Beteiligung an den Gütern der Gesellschaft auch um die Teilhabe an Machtpositionen und um Anerkennung als Subjekte ging und geht. Diese beiden Konflikttypen stehen nebeneinander, sind miteinander verknüpft, lassen sich aber nicht aufeinander reduzieren (5). Im Grunde verlangen die ›besorgten Bürger‹ auch Anerkennung für sich als Subjekte und für ihre Belange, die sie in der globalisierten und spätmodernen Gesellschaft nicht mehr ausreichend gehört und ernst genommen sehen.

Klar ist, dass es keine eindimensionale Erklärung für diese Entwicklung gibt. Die verschiedenen Aspekte, die ich hier aus Platzgründen nicht diskutieren kann, sind neben den tatsächlichen Folgen der globalisierten und politisch nicht kontrollierten Ökonomie, dem Nord-Südgefälle und der Ausbeutung des Südens durch den Norden, auch die sozialstaatsferne Europapolitik der letzten Jahrzehnte, die konkreten Veränderungen in der Asylgesetzgebung in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten, die immer wieder sichtbar werdenden autoritären und antidemokratischen Deutungsmuster, in denen ›der Fremde‹, der ›Ausländer‹ und ›die Andere‹ als Feinde identifiziert werden, die Entwertung und Missachtung sowie auch die ökonomische Ungerechtigkeit, die die ostdeutschen Bürger/innen erfahren haben, die mangelhafte oder gar fehlende Einwanderungs- und Integrationspolitik sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland und nun in der Bundesrepublik – all diese Faktoren müssen bei der Analyse der heutigen gesellschaftlichen Krise miteinbezogen werden.

Umso schärfer wird dadurch sichtbar, dass die Erklärungsansätze der rechtspopulistischen Partei eindimensional sind; ihre Anhänger versuchen daher, ein wesentliches Charakteristikum spätmoderner und globalisierter Gesellschaften abzuwehren: die unübersichtliche Vielfältigkeit der Deutungen wird hier übertrumpft durch die eine, von den Wissenden verkündete Wahrheit. Diese Deutung trifft damit bei Menschen, die von der Vielfältigkeit moderner Welten überfordert sind, die nicht mehr an die Deutungsmuster der Demokratie und spätmoderner Gesellschaften angeschlossen sind bzw. möglicherweise noch nie angeschlossen waren, auf ein – offensichtlich – starkes Bedürfnis. Das Ausmaß dieser Exklusion ist allerdings tatsächlich besorgniserregend. Die komplexen rechtlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge, die den bundesdeutschen Sozialstaat, die wirtschaftlichen Prozesse, die Eigendynamik der Sphären von Kunst und Kultur wie auch die alltägliche Praxis des Alltags rahmen und bestimmen, sind einem großen Teil der Gesellschaft nicht klar und nicht zugänglich.

Helmut Dubiel hat im Zusammenhang mit seinen demokratietheoretischen Arbeiten die Bedeutung des Konfliktes für die soziale Integration einer Gesellschaft diskutiert (6). Sein Ausgangspunkt ist die These, dass in gesellschaftlichen Konflikten insofern ein Potenzial liegt, als die latenten, als regelnde Routinen oder Gewissheiten wirkenden Normen, Prinzipien und Konventionen, erst durch die Auseinandersetzung reflexiv werden und in der Auseinandersetzung dann auch verändert werden können. Daher begreift Dubiel Konflikte als *Movens* für gesellschaftliche Entwicklung. Zentral ist hier die grundlegende Einsicht, dass es in unseren Gesellschaften keine ewigen Gewissheiten mehr gibt. Wahrheit kann nur durch den Konsens und damit durch die Auseinandersetzung im Konflikt definiert werden. Insofern sind die Auseinandersetzungen, Konflikte und Prozesse der Aushandlung in Gesellschaften unseres Typs *Movens* für Veränderung und Gestaltung des Alltags. Allerdings müssen sie perspektivisch gelöst werden, das heißt es muss über Einigungsprozesse ein Konsens erreicht werden, der dann anstelle von Gewissheiten Integration nach innen leisten kann (7). Doch kann diese konflikthafte Auseinandersetzung nur gelingen, wenn gesellschaftliche Regeln zur Bearbeitung etabliert und tradiert werden. Diese »Hegung« von Konflikten (8) ist die Voraussetzung dafür, dass das Integrationspotenzial des Konfliktes freigesetzt und die Konflikte gelöst werden können. Für die Hegung von Konflikten gibt es neben rechtlichen Regelungen auch kulturelle Regelungen, Normen und Prinzipien der Auseinandersetzung, die eingeübt, verstanden und angeeignet werden müssen.

Demokratien leisten es sich immer wieder, nur diejenigen an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die den Anforderungen der Majorität entsprechen und die die hegemonialen Diskurse der politischen und kulturellen Eliten teilen. Mit ihren rassistischen und demokratiefeindlichen Äußerungen beziehen sich die ›besorgten Bürger‹ genau auf diese Schwäche der Demokratie und verlangen das, was sie eigentlich verspricht: Teilhabe an den Gütern der Gesellschaft und Anerkennung des Wertes als Subjekt, das man ist.

Die Regeln der Auseinandersetzung und der Konflikthegung sind auch Regeln der Teilhabe, die in den alltäglichen Praktiken verstanden und eingeübt werden. Hier liegt die große Chance der Gemeinwesenarbeit, die geradezu organisch mit den demokratischen Prinzipien der Beteiligung und der Auseinandersetzung verknüpft ist.

Einerseits ist es unbenommen, dass wir eine klare politische und soziokulturelle Abgrenzung gegenüber Verleumdung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit äußern und vertreten müssen. Dazu aber braucht diese Gesellschaft auch Subjekte mit Erfahrungen, Kenntnis und Regeln über den Umgang mit Konflikten und Wege zu Einigungsprozessen. Interessen müssen oft erst hervorgebracht werden (9), bevor sie dann vertreten und in eine Debatte eingebracht werden können; dazu braucht es partizipative Methoden – der Gemeinwesenarbeit – die nämlich die Hemmnisse Abwehr, Unsicherheit und Kränkung aufschließen und den Subjekten die Erfahrung ermöglichen können, gehört zu werden, etwas sagen zu können und gemeinsam mit anderen neue Vorstellungen zu entwickeln. Das wichtigste Element der genannten Methoden ist die Hervorbringung von Interessen als Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses, in dem durch die Kreativität der beteiligten Personen Entwicklung und Lernen möglich wird. Insofern verknüpft sich die Gemeinwesenarbeit erneut mit politischer Bildung, die der oben gezeigten Exklusion von Bevölkerungsgruppen von den symbolischen Welten der Demokratien entgegen-treten kann.

Nicht zuletzt geht es auch um die Erfahrung des Gelingens und der Selbstwirksamkeit. Partizipationsprozesse, das wissen alle, die in diesem Feld tätig sind, dürfen nicht im luftleeren Raum stattfinden: sie brauchen den Anschluss an die öffentlichen Räume und müssen die Erfahrung generieren, dass die Interessen der Menschen gehört werden, die daran teilnehmen. Allerdings ist ein wesentliches Element dieser Methoden deutlich zu machen, nämlich dass es in Gesellschaften ohne ewige Gewissheiten und vielfältiger, legitimer Interessen, keine einfachen Lösungen oder die einfache, direkte Umsetzung eines geäußerten Interesses gibt. In dieser großen Aufgabe, mitten im Konfliktfeld von Integration und Beteiligung in komplexen Gesellschaften, fokussiert sich heute das demokratiethoretische wie praktische Potenzial der Gemeinwesenarbeit.

Anmerkungen

- (1) vgl. Schellenberg 2016
- (2) vgl. dazu Vehrkamp/Wegscheider 2017
- (3) Vehrkamp/Weschaidner 2017: 28
- (4) vgl. dazu Decker et al. 2016 sowie Decker/Brähler 2018
- (5) vgl. dazu Fraser/Honneth 2003
- (6) vgl. 1999
- (7) vgl. dazu Ritter 2008
- (8) Dubiel 1999
- (9) vgl. dazu Alisch, May 2017

Literaturverzeichnis

Alisch, Monika/May, Michael (2017): Einleitung: Methoden partizipative Sozialraumforschung. In: Methoden der Praxisforschung im Sozialraum, hrsg. Monika Alisch und Michael May, Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Budrich Barbara, 7-20.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes, Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen: Psychosozial- Verlag.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Dubiel, Helmut (1999): Integration durch Konflikt, in: Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 39, Wiesbaden: VS Verlag, 132-143.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Ritter, Martina (2008): Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften, Wiesbaden: VS Verlag.

Schellenberg, Britta (2016): Hassrede, Vorurteils kriminalität und rechte Radikalisierung in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft die Mitte? Berlin: Metropolverlag, 99-116.

Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann Stiftung. Im Netz unter:

[https://www.bertelsmann-](https://www.bertelsmann-stif-)
[stif-](https://www.bertelsmann-stif-)

[tung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD Populaere Wahlen Bundestagswahl 2017_01.pdf](https://www.bertelsmann-stif-tung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf)

Autorin

Prof. Dr. Martina Ritter ist Dekanin des Fachbereichs Sozialwesen an der Hochschule Fulda. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Kultursoziologie und Politische Soziologie, Identitätsbildungsprozesse, Jugend- und Gendersoziologie sowie die sozialraumorientierte Soziale Arbeit und das Sozialmanagement. Ihr aktuelles Projekt ist das Projekt »DIWAN – Dialogprozesse und Wanderausstellung für ein gelingendes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft«.

Kontakt

Hochschule Fulda

Prof. Dr. Martina Ritter

Gebäude 21, Raum 205

Leipziger Straße 123

36037 Fulda

Tel.: (06 61) 96 40-2 01

E-Mail: martina.ritter@sw.hs-fulda.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de